

¡Fijáte!

No. 235

16. Mai 2001

7. Jahrgang

Guatemala und die Freihandelsabkommen

Als am 15. März 2001 das Freihandelsabkommen zwischen Mexiko und Guatemala in Kraft trat, titelte die Tageszeitung *Prensa Libre*: "Viele der Fragen, die um das Freihandelsabkommen in der Luft hängen, werden sich ab heute klären". Tatsächlich geht das Thema an vielen Guatemaltekinnen vorbei, bzw. sie verstehen nicht, worum es geht und lassen sich deshalb von Slogans wie "Eine Chance für die Industrie, die Landwirtschaft und den Handel" beeindrucken. Entsprechend fehlen denn auch kritische Stimmen dem Freihandelsabkommen gegenüber.

Der folgende Artikel wurde vom Centro de Estudios de Guatemala (CEG) speziell für den ¡Fijáte! geschrieben und zeigt auf, wer vor allem von den Freihandelsverträgen profitiert.

Normalerweise bringen wir die Freihandelsabkommen im allgemeinen und die Welthandelsorganisation (WTO) im speziellen, nicht mit unserer täglichen Realität in Zusammenhang. Zweifellos gibt es einen sehr direkten Zusammenhang. Teil dieser Dynamik ist die Bildung von regionalen Wirtschaftsböcken, die von den entwickelteren Wirtschaften dominiert werden.

Im Fall von Lateinamerika äussert sich dies in der Aushandlung von Freihandelsverträgen (TLC), deren Ziel die Gründung eines von den Vereinigten Staaten angeführten, kontinentalen Marktes sind. Die einzelnen TLC sind Teile eines Puzzles, das, wenn es einmal ganz zusammengesetzt ist, die gesamtamerikanische Freihandelszone (ALCA/FTAA) ergibt. In einer solchen Zone sind die wenigen überlebenden nationalen Betriebe dazu verdammt, an den Strassenrändern Zuckerrohr und Früchte zu verkaufen, während die Lastwagen des Freihandels an ihnen vorbeiflitzen.

Guatemala kann sich dem Globalisierungsprozess, der sich auf der ganzen Welt ausbreitet, nicht verschliessen. Und auch wenn die Globalisierungswelle über alle Länder Lateinamerikas hinwegfegt, ist es doch wichtig, die jeweilige nationale Realität etwas genauer anzuschauen, um zu verstehen, ob, was und wem ein Freihandelsabkommen etwas bringt.

Die Unterzeichnung des regionalen Freihandelsabkommens *Triangulo Norte* - die am 15. März stattfand und an dem Mexiko, Guatemala, El Salvador und Honduras beteiligt sind - fand in Guatemala in einem nationalen Kontext statt, der geprägt war (und ist) von Konfrontationen zwischen der Regierung und den traditionellen Wirtschaftskräften.

Auf einen Nenner gebracht kann gesagt werden, dass die Globalisierung einige grosse transnationale Unternehmen begünstigt, nämlich die wettbewerbsfähigen, die es schaffen, ihre Produkte gewinnbringend zu vermarkten. Beeinträchtigt werden dadurch die lokalen, kleinen und mittleren Unternehmen sowie die Souveränität der einzelnen Staaten.

In vereinzelt Fällen fördert ein Freihandelsvertrag auch das wirtschaftliche Wachstum einzelner Unternehmen in einem sogenannten Entwicklungsland. Diese Unternehmen können dank dem Abkommen ihren Markt erweitern und beträchtliche Gewinne erwirtschaften, die aber in keiner Weise die ökonomische Situation des Landes bzw. der Bevölkerung verbessern.

Mexiko hat seit einigen Jahren, konkret seit der Unterzeichnung des Freihandelsabkommens mit den Vereinigten Staaten und Kanada, seine wirtschaftlichen Interessen nach Guatemala ausgebreitet, da sich gezeigt hat, dass das Land auf dem nordamerikanischen Markt nicht konkurrenzfähig ist.

Bereits Präsident Alvaro Arzú hat begonnen, die Grenzen nach Mexiko zu öffnen, was den mexikanischen Unternehmen und einer kleinen Gruppe guatemaltekinscher Unternehmen zu Gute kam.

Vorgängig zum Freihandelsabkommens *Triangulo Norte* (TLC-TN) wurden bilaterale Teilabkommen (APP) zwischen den einzelnen Ländern und Mexiko abgeschlossen. Im konkreten Fall von Guatemala profitierte dabei in erster Linie Mexiko und übte mit der jährlich wiederholten Drohung, das APP nicht mehr zu erneuern, enormen Druck auf Guatemala aus, den TLC-TN zu unterzeichnen. Unter dem APP verkaufte Mexiko in Guatemala jährlich Waren für 600 Millionen US-\$, während Guatemala nur für 105 Millionen US-\$ Waren nach Mexiko exportiert. Diese 105 Millionen entsprechen 4,3% des guatemaltekinschen Exportvolumens, im Fall von Mexiko entsprechen die 600 Millionen bloss 1% des Exportvolumens.

Diese Ungleichheit wird sich auch unter dem TLC-TN und jedem anderen Freihandelsabkommen fortsetzen, und die nationale Wirtschaft wird durch die wirtschaftliche Öffnung nach und nach zerstört. Ein Beispiel dafür ist der Import von mexikanischen Kartoffeln, der die kleineren guatemaltekinsche Kartoffelproduzenten in eine Krise gestürzt hat. Ein anderes Beispiel ist das Brot: Mit der Überschwemmung des guatemaltekinschen Marktes durch das Brot der mexikanischen Marke 'Bimbo' mussten viele der kleineren Bäckereien den Betrieb einstellen.

In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass diejenigen Produkte, mit denen Guatemala auf dem Weltmarkt mithalten könnte, wie z.B. Zucker, Kaffee, Bananen, Bier, Textilien und Zement, vom Freihandelsabkommen mit Mexiko ausgeschlossen wurden. Laut Angaben der guatemaltekinschen Handelskammer CACIF sind rund 40% der guatemaltekinschen Exportprodukte nicht im TLC-TN aufgenommen.

Grundsätzlich versuchen die Länder, beim Abschluss

von Freihandelsabkommen die nationalen Produktion zu schützen. Chile z.B. schützt seine Zuckerindustrie, indem es 35% Steuern auf importierten Zucker verlangt. Letztes Jahr gewährten die Vereinigten Staaten den zentralamerikanischen Ländern Importvergünstigungen für 250 Millionen Quadratmeter Stoff, vorausgesetzt der Faden, aus dem dieser gewoben ist, kommt aus den USA. Im Fall von Guatemala hat die Regierung diese Bedingung widerspruchslos angenommen und so die nationale Spinnereiindustrie dem Untergang geweiht.

Ein anderer Nachteil des Freihandelsabkommens für ein Land wie Guatemala ist der Verlust von Importzöllen. Rund 300 Millionen Quetzales (ca. 39 Millionen US-\$) flossen jährlich an Importzöllen in die guatemaltekeische Staatskasse. Deren Ausbleiben bedeutet ein beträchtlicher Verlust für das Haushaltbudget. Um das aufzufangen, wird dann als erstes das Sozialbudget gekürzt.

Ein weiteres Problem des TLC-TN ist, dass es den zentralamerikanischen Ländern nicht gelungen ist, eine einheitliche Position gegenüber Mexiko zu vertreten. Dies stärkte die Verhandlungs-

position Mexikos und hat nun zur Folge, dass die mexikanischen Produkte den zentralamerikanischen Markt überschwemmen.

Die globalisierte und neoliberale Realität schränkt die Möglichkeiten eines einzelnen Staates ein, unabhängige Wirtschaftspolitiken zu entwickeln, die den lokalen Markt schützen. Für Guatemala ist das besonders schlimm, da diese Realität einen direkten Einfluss auf die nationale Produktion hat, dem wichtigsten Pfeiler der nationalen Wirtschaft.

Hätte Guatemala sich mehr Zeit gelassen und seriösere Analysen gemacht, hätten auf jeden Fall bessere Bedingungen für die nationale Ökonomie ausgehandelt werden können. Wenn schon, hätte z.B. eine schrittweise Einführung des TLC-TN ausgehandelt werden müssen, um der nationalen Industrie die Möglichkeit zu bieten, sich auf die Konsequenzen vorzubereiten. Jetzt werden die Schliessungen vieler Fabriken und Kooperativen sowie eine Zunahme der Arbeitslosigkeit die Folge sein.

Ein weiterer Mythos den es zu durchbrechen gilt, ist das Märchen von niedrigeren Preisen, die ein Freihandelsabkommen mit sich bringen soll. Mit ei-

ner Öffnung kommen nicht nur mehr Waren in ein Land, sondern auch die Technologisierung, mehr Werbung und eine raffiniertere Vermarktung. Elemente, die zur Folge haben, dass die Leute nicht unbedingt immer das Billigste kaufen. Einmal mehr werden diejenigen Gruppen bevorzugt, die der Regierung nahestehen, die alle Vorrechte genießen, um gute Geschäfte zu machen - der Bevölkerung nützt das überhaupt nichts.

Es müssen unbedingt noch einige Aspekte berücksichtigt werden, die im TLC-TN nicht bis ins Detail definiert sind, um die nationale Industrie zu schützen. Ausserdem muss die Regierung spezielle Programme entwickeln, um den kleinen und mittleren Unternehmen zu helfen, sich auf den Wettbewerb mit den technologisch und finanziell besser dotierten transnationalen Unternehmen vorzubereiten.

Der TLC-TL hätte eine Chance sein können, aber er ist es nicht, angesichts der Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern und der Unfähigkeit der guatemaltekeischen Regierung, eine mittel- und langfristige Strategie zu entwickeln, damit das Land nicht vom ausländischen Markt überschwemmt wird.

Nein zum ALCA, ein anderes Amerika ist möglich!

Das folgende Kommuniqué wurde von der Alianza Social Continental ASC (kontinentale soziale Allianz) anlässlich des Gipfeltreffens in Quebec von Ende April veröffentlicht. Die ASC wehrt sich darin gegen die Bildung einer gesamtamerikanischen Freihandelszone (ALCA), deren Gründung auf diesem Treffen beschlossen wurde. Die ASC ist ein überregionales Netzwerk sozialer Bewegungen in Amerika. Als einzige guatemaltekeische Organisation ist bisher das US/Guatemala Labor Education Project (US/GLEP) in der Allianz vertreten. (mehr Infos über die ASC sind auf www.sommetdespeuples.org zu finden.)

Wir, die Delegierten des 2. Gipfels der Völker Amerikas, bekräftigen unsere Opposition gegenüber dem Projekt einer gesamtamerikanischen Freihandelszone (ALCA).

Wir sind die soziale kontinentale Allianz und kommen aus allen Ecken Amerikas, um den Stimmen der Gewerkschaften, der Volks- und Umweltorganisationen, der Frauen, der Menschenrechtsgruppen, der internationalen Solidarität, der indigenen Vereinigungen, der BäuerInnen, der StudentInnen und der ökumenischen Gruppen Gehör zu verschaffen.

Wir sind gegen dieses neoliberale, sexistische, ungerechte und umweltzerstörerische Liberalisierungs- und Investitionsprojekt, dessen Folgen Deregulierung und Privatisierungen sind und schlagen neue Wege der kontinentalen Integration vor, die auf Demokratie, Gleichberechtigung, Solidarität, den Menschenrechten und dem Umweltschutz aufbauen.

Unerfüllte Versprechen

Seit dem Gipfel von Miami 1994

versprechen die Staatschefs und Regierungen die Demokratie und die Menschenrechte zu stärken und die Armut in Amerika zu senken. Dies war vor sieben Jahren und bisher ist nichts geschehen. Das einzige, was vorangetrieben wird, sind die Verhandlungen über Freihandelszonen.

Es ist nicht das erste Mal, dass die Präsidenten eine bessere Welt versprechen. Es ist nicht das erste Mal, dass sie uns bitten, abzuwarten, bis die Früchte des freien Handels zu ernten sind. Es ist nicht das erste Mal, dass sie ihre Versprechen nicht halten.

Das gesamtamerikanische Freihandelsabkommen ALCA stärkt die Rechte und Freiheiten der Investoren, erhebt das Kapital über die Arbeit, transformiert das Leben und die Erde in eine Handelsware.

Ungleiches Amerika

Wir leben in einem Amerika, das von untolerierbaren Ungerechtigkeiten und ungerechtfertigten politischen und wirtschaftlichen Asymmetrien geprägt ist: Von den 800 Millionen BewohnerInnen

des Amerikas leben 500 Millionen in Lateinamerika, die Hälfte davon in Armut. Das Kapital, die Technologie und die Patentrechte hingegen konzentrierten sich im Norden des Kontinentes. Die USA und Kanada beherrschen 80% des Marktes.

Die Freihandelsabkommen vergrössern die Ungerechtigkeiten zwischen Arm und Reich, zwischen Frauen und Männern, zwischen den Ländern des Südens und den Ländern des Nordens. Auch zerstören sie das Gleichgewicht zwischen den Menschen und der Natur. 20% der Menschheit konsumiert 80% der Naturressourcen unseres Planeten. Die Freihandelsabkommen zerstören die familiären und sozialen Gefüge, was einen gravierenden Einfluss auf die jüngeren Generationen haben wird.

Die Freihandelsabkommen fördern die Vermarktung der Gemeingüter der Menschheit und der Erde. Die neoliberale Logik reduziert die BürgerInnen zu simplen KonsumentInnen. Dies ist eine sehr kurzfristige Logik.

Die Freihandelsabkommen bedrohen die lokalen Landwirtschaften, die zu

einem Grossteil auf der Arbeit der Frauen basieren. Die Dumpingpolitik der grossen Agroindustrien bedrohen die Ernährungslage vieler Menschen.

Die Freihandelsabkommen fördern die Privatisierung des öffentlichen Dienstes wie Gesundheitswesen, Erziehung und Sozialprogramme durch Strukturanpassungsprogramme in den Ländern des Südens und Budgetkürzungen in den Ländern des Nordens.

Die Freihandelsabkommen tragen zur Feminisierung der Armut bei und verstärken die existierenden Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern bezüglich Lohn und Arbeitsbedingungen. Unbezahlte Arbeit, die sie für die Familie und die Gemeinschaft leisten, eine Zunahme der häuslichen Gewalt und Frauenhandel sind die Konsequenzen, die Frauen zu tragen haben werden.

Was wir fordern

Wir fordern die Einhaltung der Menschenrechte und der kollektiven Rechte, wie sie in den internationalen Handelsabkommen definiert sind. Diese Rechte müssen eingehalten werden, unabhängig vom Geschlecht, dem Alter, den sexuellen Ausrichtungen, der Ethnie, der Nationalität, der Religion, der politischen Einstellung und der wirtschaftlichen Situation einer Person.

Wir fordern die Einhaltung der Menschenrechte, die universell, für alle gleich und unteilbar sind. Wir wollen Brücken bauen zwischen den Völkern Amerikas, die von der Vielfalt unserer Geschichten und Kulturen inspiriert sind und uns gegenseitig bei der Ausübung einer repräsentativen und partizipativen

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion und Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Demokratie unterstützen.

Wir fordern eine tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

Wir fordern die uneingeschränkte Respektierung des Arbeitsrechtes, u.a. des Rechtes auf Versammlungsfreiheit, auf kollektive Arbeitsverträge und des Streikrechtes. Diese Rechte sollen auch für MigrantInnen gelten.

Wir schliessen uns den Forderungen des Gipfels der indigenen Völker vom 29. - 31. März in Ottawa an und fordern die Anerkennung ihrer fundamentalen Rechte.

Wir fordern die Staaten auf, das Eigentum der Allgemeinheit zu schützen, die Menschenrechte zu achten, inklusive das Recht der Frauen auf eine frei gewählte Schwangerschaft.

Wir fordern die Staaten auf, die Demokratie zu stärken und das Recht auf freie Meinungsäusserung zu garantieren.

Wir fordern die Staaten auf, den freien Zugang zu Bildung, Sozial- und Gesundheitswesen zu garantieren, sich gegen Gewalt gegen Frauen einzusetzen

und sich für den Schutz der Umwelt zu engagieren.

Wir fordern Investitionen, die auf sozialen Grundsätzen basieren und ökologisch verantwortbar sind. Sie müssen auf eine lange Sicht geplant sein und eine wirtschaftliche Stabilität bezwecken.

Wir fordern einen gerechten und gleichberechtigten Handel. Wir fordern die Aufhebung des us-amerikanischen Embargos gegen Kuba. Wir fordern die Suspendierung des 'Plan Colombia', der die Militarisierung der ganzen Region zur Folge hat und gegen die Menschenrechte verstösst.

Wir fordern die Einhaltung der demokratischen Mechanismen bei der Aushandlung jeglicher Freihandelsabkommen, was eine Ratifizierung per Volksabstimmung bedeutet.

Wir rufen die Völker Amerikas auf, sich gegen das Projekt eines gesamtamerikanischen Freihandelsabkommens zu mobilisieren, und andere Wege der Integration zu suchen, die auf Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und dem Schutz der Umwelt aufbauen.

Andere Amerikas sind möglich!

Schleichende Dollarisierung

Guatemala, 4. Mai. Seit dem 1. Mai ist in Guatemala das Gesetz über den freien Devisenhandel in Kraft. Dieses Gesetz erlaubt es, ein Bankkonto in einer anderen Währung als in Quetzales zu eröffnen, Zahlungen, sofern sie von den Begünstigten akzeptiert werden, in irgendeiner Währung zu tätigen und erlaubt generell den freien Handel in anderer Währung.

Obwohl das Gesetz unverbindlich formuliert ist, versteht sich von selbst, dass es sich bei 'irgendeiner Währung' um den US-\$ handelt. So haben denn Umfragen bei diversen Banken ergeben, dass Konten einzig in US-\$ eröffnet werden können, was je nach Bank, zwischen 25 US-\$ und 2000 US-\$ kostet.

BefürworterInnen des neuen Gesetzes loben es als einen Schritt Richtung wirtschaftlicher Intergration, als gewinnbringend (für Unternehmer und Banken) und betonen, dass es nicht das selbe sei wie die Dollarisierung, die seit Anfang des Jahres in El Salvador im Gange ist, wo der Dollar nach und nach die Landeswährung verdrängen wird.

GegnerInnen wiederum weisen darauf hin, dass das neue Gesetz nichts anderes mache, als eine seit Jahren gängige Praxis zu legalisieren. Weiter glauben sie, dass es eine Frage der Zeit sein wird, bis der Dollar den Quetzal verdrängt hat. Auch weisen sie darauf hin, dass eine Dollarisierung der Wirtschaft

negative Auswirkungen auf die Haushaltsbudgets der guatemaltekischen Familien hat. Die Preise für Güter und Dienstleistungen werden in Dollar gehandelt, die Löhne des grössten Teils der Bevölkerung jedoch weiterhin in Quetzales bezahlt. Im Gegensatz zu El Salvador, wo mit der Einführung der Dollarisierung ein fester Wechselkurs bestimmt wurde, ist in Guatemala der Quetzal weiterhin den Börsenschwankungen ausgeliefert.

Ebenfalls wird befürchtet, dass viele kleinere Unternehmen eine Dollarisierung (sei sie nun schleichend oder direkt) nicht überleben werden.

Die *Versammlung der PräsidentInnen der Berufsschulen* erhob beim Verfassungsgericht Einspruch gegen das neue Gesetz. Das Gesetz widerspreche der Verfassung, in der festgehalten wird, dass einzig dem Staat der Besitz und der Handel mit Devisen erlaubt ist. Mit dem neuen Gesetz werde nun diese Befugnis der Zentralbank weggenommen und den Privatbanken und Financiers übergeben, was eine Schwächung des Finanzsystems bedeute.

Das Verfassungsgericht lehnte die Klage ab, mit der Begründung, sie sei am 30. April eingereicht worden, als das Gesetz noch gar nicht in Kraft war. Die KlägerInnen hätten aber durchaus die Möglichkeit, einen zweiten Rekurs einzureichen.

Nordamerikanische Nonne ermordet

Guatemala, 10. Mai. Auf offener Strasse in einer belebten Zone in Guatemala Stadt wurde am 5. Mai die Nordamerikanerin Barbara Ford durch fünf Schüsse in den Kopf ermordet. Ford war seit zwölf Jahren im Rahmen der Sozialdiözese Quiché als Krankenschwester tätig und arbeitete eng mit Bischof Julio Cabrera zusammen. In den letzten Jahren konzentrierte sie ihre Arbeit auf *salud mental* (psychosoziale Gesundheit). Sie nahm an den Untersuchungen für das REMHI-Projekt teil, arbeitete mit den Überlebenden der Gewalt und zuletzt besonders mit den Angehörigen von exhumierten Opfern aus Massengräbern.

Barbara Ford ist die vierte Person aus dem engen Umfeld von Bischof Julio Cabrera, die auf brutale Weise ermordet wurde: Erinnert sei an Myrna Mack, die ihre Arbeit vorwiegend in den von der Militärgewalt betroffenen Gemeinden im Quiché durchführte und am 11. September 1990 in der Hauptstadt ermordet wurde. Erinnert sei an den Landwirt und Mitarbeiter der Sozialdiözese von Quiché, Julio Quevedo, der am 15. Juli 1991 in Chajul ermordet wurde. Erinnert sei an Weihbischof Juan Gerardi, den Leiter des REMHI, der am 26. April 1998 im Pfarrhaus San Sebastián in der Hauptstadt ermordet wurde.

Der Mord an Barbara Ford wurde in der Zeitung sofort als versuchter Raub ihres Autos ausgegeben. Dieses

wurde kurz darauf einige Strassen weiter sichergestellt.

Laut dem Informationsbeauftragten des *Sekretariates für strategische Analysen* (SAE), Fernando Penados, gibt es genügend Gründe (siehe oben) um dem Mord ein politisches Motiv zu geben. Dieser Meinung sind auch Mitglieder diverser Menschenrechtsorganisationen.

Die *Konferenz der Religiösen Guatemalas* (COFREGUA) ist besorgt darüber, dass dieser Mord sowie andere Gewalttaten und Bedrohungen genau zum selben Zeitpunkt stattfinden wie die ZeugInneneinvernahmen im Fall von Bischof Gerardi. Es wird auch um das Leben von Bischof Julio Cabrera gebangt.

Mario Polanco von der Gruppe für gegenseitige Hilfe (GAM) bezeichnet die Ermordung Fords als aussergerichtliche Hinrichtung und insofern als ein Verbrechen politischer Natur. Ein reiner Autodiebstahl könne ausgeschlossen werden, da die Diebe das Fahrzeug nicht weit vom Tatort entfernt stehen gelassen haben.

Währenddessen wird von offizieller Seite an der These des Autodiebstahls festgehalten. Laut Innenminister Byron Barrientos hat die Polizei zwei Zeugenaussagen, die darin übereinstimmen, dass sich Barbara Ford gegen den Diebstahl gewehrt habe und deshalb erschossen wurde. Diese Version wird

von FreundInnen der Ermordeten angezweifelt, da diese mehrmals ihren MitarbeiterInnen empfohlen habe, in einer solchen Situation sofort die Autoschlüssel auszuhändigen und sich nicht zu wehren.

Am 7. Mai verhaftete die Polizei drei Verdächtige, die bei einer Strassekontrolle auffielen weil sie Waffen desselben Kalibers auf sich trugen, wie sie bei der Ermordung von Ford verwendet wurden.

Die guatemalteckische Regierung und die Behörden setzen alles daran und verdrehen wohl, wenn es sein muss, auch ein bisschen die Wahrheit, um zu beweisen, dass die Zeit der politischen Morde vorbei ist.

So wurde denn dieser Tage bekannt, dass es eine kriminelle Bande gewesen sei, die das Attentat auf die Tochter von Ex-General Otto Pérez Molina im vergangenen Februar begangen habe.

Und im Fall der seit über einem Jahr verschwundenen Universitätsprofessorin Mayra Gutiérrez gab das staatliche Menschenrechtsbüro bekannt, es habe sich eben doch um ein Liebesdrama gehandelt. Sie hätten nun die verdächtige Person männlichen Geschlechts identifiziert, mit der Gutiérrez am Tag ihres Verschwindens zuletzt gesehen wurde, der Name könne aber aus Sicherheitsgründen nicht bekannt gegeben werden.

Noch mehr Menschenrechtsverletzungen

Guatemala, 10. Mai. Zum vierten Mal wurde das Büro des *Zentrums für Studien, Informationen und Grundlagen für die soziale Aktion* (CEIBAS) in der Hauptstadt überfallen. Dabei wurde ein Computer gestohlen, auf dem Material über die Friedensabkommen gespeichert war. Für den Leiter der Organisation, Ivan Castillo, ist der Überfall Teil einer Einschüchterungskampagne gegen die Volksorganisationen.

Auch die Menschenrechtsorganisation FAMDEGUA war erneut Ziel eines Angriffes. Aura Elena Farfán, die Leiterin der Organisation und Arnoldo Aldana, deren Fahrer, wurden unter vorgehaltener Waffe dazu gezwungen, die Autoschlüssel auszuhändigen. Dann wurden sie von den Entführern ein Stück weit mitgenommen, ihre Ausweise wurden kontrolliert und es wurde ihnen versichert, dass sie überwacht würden. Später wurden sie in einem abgelegenen Viertel freigelassen, das Fahrzeug nahmen die Entführer mit. Die Büros von FAM-

DEGUA wurden bereits im September letzten Jahres einmal überfallen.

Telefonische Todesdrohungen bekamen Anfang Mai auch Mitglieder des *Zusammenschlusses der ElendsviertelbewohnerInnen* (FREPOGUA). Während einer Sitzung mit BewohnerInnen der Gemeinde *20 de Octubre* erhielt die Organisation von einem anonymen Anrufer die Drohung, sämtliche führenden Personen würden eliminiert. Für Wiliam Mazariegos, Leiter von FREPOGUA, gehören Drohungen zum Alltag der Organisation. Doch hätten sie mit der Zunahme der Bekanntheit von FREPOGUA eindeutig zugenommen. Laut Mazariegos gebe es diverse Unternehmer, die sich daran stören, dass sie die wohnungslose Bevölkerung nicht mehr so schamlos ausnehmen könne wie früher. Dies bedeute aber nicht zwingend, dass die Drohungen von dieser Seite kommen müssten.

Ein anderes Phänomen, von dem zwar andere Bevölkerungsschichten

betroffen sind, das aber genauso zum Klima der Unsicherheit beiträgt, sind die Entführungen und Lösegelderpressungen. In den letzten Monaten wurde die Kriminalpolizei über fünfzehn Entführungsfälle informiert. Man geht davon aus, dass die Dunkelzimmer höher ist, die Angehörigen der Entführten sich jedoch nicht trauen, die Polizei beizuziehen.

Bekannt gewordene Fälle sind z.B. derjenige des Unternehmers und ehemaligen Bürgermeisters von Amatitlán, der Ende April gegen die Bezahlung eines Lösegeldes freigelassen wurde und derjenige eines 12-jährigen Mädchens aus San Lucas Sacatepéquez, für deren Freilassung zwei Millionen US-\$ gefordert wurden.

Am 4. Mai wurde in der Hauptstadt ein Unternehmer entführt, von dem bis jetzt jede Spur fehlt. Der jüngste Fall ist die Entführung eines deutschen Unternehmers, für den eine beachtliche Summe gefordert wird.

Polizeiwesen unter der Lupe

Guatemala, 3. Mai. Die *Mission der Vereinten Nationen für Guatemala* MINUGUA veröffentlichte einen thematischen Bericht mit dem Titel: "Die zivile Nationalpolizei - ein neues Polizeimodell im Aufbau". Darin rief sie zur Einhaltung des *Abkommens über die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Funktion des Militärs in einer demokratischen Gesellschaft* auf und benannte die Mängel der Polizei.

In den Friedensabkommen ist die Schaffung einer Zivilpolizei (PNC) festgehalten, die dem Innenministerium unterstellt ist. Dazu gehören hierarchische Strukturen, Spezialabteilungen, genügend finanzielle Mittel. (Im Moment hat die PNC 6 Distriktpräsidien, 27 Kommissariate, 127 Polizeistationen und 343 Unterstationen sowie acht mobile Einheiten.)

Weiter heisst es in dem Abkommen, es soll bei der Personalauswahl die Mehrsprachigkeit und die kulturelle Vielfalt Guatemalas berücksichtigt werden.

In der Bestandesaufnahme von MINUGUA werden verschiedene Probleme aufgezählt, die den Abkommen widersprechen. So wird zum Beispiel die

mangelnde Koordination sowohl innerhalb der einzelnen Abteilungen der Polizei, wie auch zwischen der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft kritisiert. Dies beeinträchtigt die Effizienz im Kampf gegen Verbrechen und Straffreiheit, meinte Gerd Mennem, Chef von MINUGUA.

Die Tatsache, dass immer wieder auf das Militär zurückgegriffen wird, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, widerspreche dem Abkommen über die Demobilisierung und sei ein weiteres Zeichen für die Schwäche der PNC.

Der Bericht erwähnt auch die sich häufenden Übergriffe und Menschenrechtsverletzungen durch Polizeiangehörige. Dazu gehören aussergerichtliche Hinrichtungen, Amtsmissbrauch, der Gebrauch von Schusswaffen in Situationen wo es gar nicht notwendig wäre, willkürliche Verhaftungen, usw.

Weiter wird die Diskriminierung sowohl indigener Leute wie von Frauen bei der Einstellung von Personal kritisiert. Beides sei heute unabdingbar um eine moderne Polizei aufzubauen, heisst es im MINUGUA-Bericht. (Aktuell hat die PNC einen Truppenbestand von

18'413 'Mann'. Davon sind 10% Frauen und 14% Indígenas.)

Die kollektive Hysterie der Unsicherheit, der die guatemalteckische Bevölkerung ausgesetzt ist und das mangelnde Vertrauen in die Polizeikräfte führt dazu, dass immer mehr Leute sich eine Schusswaffe 'zur Selbstverteidigung' zulegen. Im Jahr 2000 wurden über 36'000 Feuerwaffen offiziell eingeführt, in den ersten vier Monaten dieses Jahres waren es weitere 2000. Dabei handelt es sich um offizielle Angaben, die nichts mit der Anzahl der tatsächlich sich im Umlauf befindenden Schusswaffen zu tun haben. Man geht davon aus, dass landesweit etwa 170'000 Schusswaffen zirkulieren. Für rund 24'000 davon hat das Departement für Waffen und Munition eine Lizenz ausgestellt.

VertreterInnen von Menschenrechtsorganisationen fordern ein neues Waffengesetz, das die Einfuhrkontrolle und den Waffenbesitz regelt. Die *Presseabteilung der guatemalteckischen Armee* (DIDE) hingegen verteidigt die Theorie, dass alle illegal zirkulierenden Waffen aus den Beständen der aufgelösten Guerilla stammen.

URNG und PAN beunruhigt über Regierungstil der FRG

Guatemala, 10. Mai. Am 25. April präsentierte die URNG der Presse und der Öffentlichkeit das Dokument "Die Rettung des Demokratisierungsprozesses und des Friedens" mit dem sie die Regierung auffordert, ein nationales Abkommen zur Rettung der aktuellen politischen Krise mitzuunterzeichnen.

Im Dokument wird die Regierung FRG für die aktuelle Regierungskrise verantwortlich gemacht. Die offensichtlichen Machtkämpfe innerhalb der Regierungspartei machten eine kohärente Staatsführung unmöglich und führten zu Verzettelung und Ineffizienz bei der Ausführung öffentlicher Werke, heisst es.

Das Nichteinhalten der Versprechen, welche die sozialen Bewegungen der Regierung abgerungen haben, führe zu einem Vertrauensverlust in die Regierung, meint die URNG weiter. Die Arbeitslosigkeit und die niedrigen Löhne, die steigenden Preise sowie das mangelhafte Gesundheitswesen führten immer mehr Leute in die Armut.

Ein weiterer Grund der politischen Krise ist laut URNG die Uneinigkeit zwischen dem traditionellen Wirtschaftssektor und einer Gruppe neuer Reichen, welche die politische

Macht innerhalb des Kongresses missbraucht. Im Moment sei der Kongress absolut unfähig, zu Kompromissen oder zu einem Konsens zu finden.

Um aus der Krise herauszukommen schlägt die URNG in ihrer Funktion als Mitunterzeichnerin der Friedensabkommen vor, das von der Regierung, den Kongressparteien, den UnternehmerInnen und den sozialen, religiösen und akademischen Sektoren mitgetragen wird.

Durch ein solches Abkommen müssten laut URNG sofortige und effektive Massnahmen ergriffen werden, um die Transparenz in der Staatsführung zu sichern, um die Korruption zu bekämpfen und um das Justizwesen zu beschleunigen. Ausserdem müssten Aktionen unternommen werden, um die Sicherheit der Bevölkerung und die Einhaltung der Menschenrechte zu garantieren.

Die URNG betont, dass es sich um ein politisches Grundabkommen handeln müsse, dem sich alle Sektoren verpflichten können und das auf den Friedensabkommen aufbaut. Dazu gehöre auch eine breite Kampagne innerhalb der Bevölkerung, um den Inhalt der Abkommen zu verbreiten. Es sei wichtig, das auch die Bevölkerung

hinter einem solchen Vorschlag stehen könne, meint URNG und bittet gleichzeitig die internationale Gemeinschaft um Unterstützung bei der Durchführung einer solchen Konsensfindung.

Viel direkter ist die Partei des nationalen Fortschritts (PAN) in einem offenen Brief, den Parteisekretär Leonel López Rodas Präsident Portillo überreichte. Die PAN bezeichnet es als 'nationale Dringlichkeit', dass die Regierung das Vertrauen der Bevölkerung und der sozialen Sektoren zurückgewinnt. Ebenso wie die URNG fordert auch die PAN Massnahmen, um die Regierbarkeit wieder herzustellen und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben.

Der Brief enthält acht konkrete Forderungen, darunter die Absetzung des Verkehrs- und Kommunikationsministers Luís Rabbé und des Arbeitsministers Juan Francisco Alfaro Mijangos. Weiter sollen die 'Privatgeschäfte' der FRG-Kongressabgeordneten unterbunden werden und jeglicher Kontakt mit der Familie Alvarado abgebrochen werden. Dies seien die nötigen Voraussetzungen um über eine nationale Agenda überhaupt zu diskutieren, meinte López Rodas.

Indígenafonds interveniert

Guatemala, 5. Mai. Rund 50 Mitglieder der *Koordination der indigenen Völker* besetzten am 27. April die spanische Botschaft in Guatemala Stadt mit dem Ziel, bei der Regierung die Ernennung eines neuen Direktors bzw. Direktorin des *Nationalen Fonds für indigene Entwicklung* (FODIGUA) zu erzwingen.

Die BesetzerInnen überraschten die Sicherheitsleute der Botschaft und nutzten den Moment, als sich das Tor öffnete und ein Fahrzeug hinausliess, um einzudringen. Die Besetzung fand statt, nachdem Präsident Portillo ihnen ein Treffen versprach, an dem die Indígenaorganisationen ihre KandidatInnen für die Leitung des FODIGUA vorschlagen können. Das Treffen fand bisher nicht statt.

Die BesetzerInnen wurden von einer Gruppe StudentInnen unterstützt, vor Ort erschienen auch VertreterInnen des staatlichen Menschenrechtsbüros und von MINUGUA.

Nach fünf Stunden verliessen die Indígenas die spanische Botschaft wieder, mit dem Versprechen der Regierung, sie nun zu empfangen. Der Sekretär des Präsidenten, Luis Mijangos gab zu, dass sich FODIGUA zu einer Institution entwickelt hatte, die nicht mehr der ursprünglichen Idee entspricht, sondern die von Korruption regiert wird. Was sich der Präsident wünsche, sei ein FODIGUA, über den die Regierungsgelder für Indígenaprojekte kanalisiert werden können, erklärte Mijangos.

FODIGUA wurde aufgrund des Friedensabkommens über die Identität und Rechte der indigenen Bevölkerung gegründet. Seine Aufgabe wäre es gewesen, eine Mittelfunktion zwischen der Regierung und den Indígenas zu übernehmen. Sehr bald schon wurde aber seitens der Indígenaorganisationen Kritik über Korruption und Machtmissbrauch geäussert.

Für Juan León, Präsident der *Defensoría Maya* ist die Ernennung einer neuen Direktion in FODIGUA nur das Eine. Genau so wichtig seien für ihn strukturelle Änderungen, damit die Institution effizient und im Interesse der indigenen Bevölkerung arbeite, meinte León. Bereits letztes Jahr präsentierte die *Defensoría Maya* einen Gesetzesvorschlag der verschiedene Änderungen in FODIGUA vorsah. Unter anderem sollte ein Vorstand mit sieben Mitgliedern gegründet werden, wovon fünf VertreterInnen den Kulturen Maya, Xinca und Garífuna angehören sollen, um eine wirkliche ethnische Vielfalt zu gewährleisten.

Am 3. Mai, nach einem Treffen mit

den Indígenaorganisationen, gab Präsident Portillo die Intervention des FODIGUA bekannt. Die Aufgabe der Interventionsgruppe sei es, die Korruptionsvorwürfe zu überprüfen und den Fonds neu zu strukturieren. Als Leiterin der Kommission, die während sechs Mona-

ten die Überprüfung des FODIGUA vornehmen soll, wurde Rosalina Tuyuc angefragt. Tuyuc erklärte gegenüber der Presse, sie überlege sich dieses Mandat, wolle jedoch zuwarten, bis die im Moment stattfindende finanzielle Intervention abgeschlossen sei.

Erfolg und Misserfolg im Fall Myrna Mack

Guatemala, 10. Mai. Eigentlich wurde die Hauptverhandlung gegen Juan Valencia Osorio, Juan Guillermo Oliva und Edgar Augusto Godoy bereits im Januar 1999 angeordnet. Doch die Verteidigung der drei der geistigen Urheberchaft des Mordes an Myrna Mack Angeklagten verzögerte den Verhandlungstermin mit diversen Rekursen. Nun wurden alle Rekurse bereinigt und der Hauptverhandlung vor einem Zivilgericht steht nichts mehr im Wege.

Der Anwalt der Klägerin, Helen Mack, gab sich zuversichtlich und erklärte, er habe genügend Beweise gegen die drei Angeklagten in der Hand. Unter anderem sei ja die Verurteilung zu 25 Jahren Gefängnis des ausführenden Täters, Jesús Beteta Alvarez, Beweis genug. Ausserdem sei die Anklage im Besitz von Tonbandaufnahmen, auf denen

Beteta Alvarez die Tat gesteht und sagt, er habe im Auftrag der drei nun vor Gericht stehenden Ex-Militärs gehandelt.

Doch plötzlich hiess es, dass die fünf Tonband- und eine Videokassette, die als Beweismaterial hätten dienen sollen, 'verschunden' sind. Bemerkte wurde das 'Verschwinden', als die Staatsanwaltschaft eine Liste der Beweismaterialien aufstellte. Die Staatsanwaltschaft fand heraus, dass die Kassetten im Januar 1999, als die Hauptverhandlung angeordnet wurde, gar nicht erst eingereicht wurden.

Ebenfalls in diesen Tagen wurde bekannt, dass Juan Valencia Osorio vom Appellationsgericht vom Verdacht freigesprochen wurde, in eine vom Präsidialen Generalstab (EMP) 1991 angeordnete breit angelegte Postüberwachung involviert gewesen zu sein.

'Hohe Wellen' in Champerico

Guatemala, 9. Mai. Im Fischer- und Touristenort Champerico kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen selbständigen Fischern und den ortsansässigen Fischereibetrieben Pesca S.A. und Camarones del Sur S.A. (CAMARSA).

Das Problem begann bereits 1995, als die Pesca S.A. den Besitzer wechselte, die Arbeitszeiten von acht auf vierzehn Stunden täglich angehoben und die Löhne gesenkt wurden. Ausserdem veranlasste das Unternehmen die Trockenlegung von zwei Flussmündungen, die für die Arbeit der selbständigen Fischer von grosser Wichtigkeit waren.

Die jüngsten Zusammenstösse entstanden, nachdem Pesca S.A. und CAMARSA einen zwei Kilometer langen Uferstreifen einzäunte und so den Fischern das Anlegen ihrer Boote verunmöglichte. Es kam zu einem Treffen zwischen den Fischern, der Gemeindebehörde und dem Anwalt des Unternehmens. Nebst der Entfernung des Zaunes forderten die Fischer die Lösung eines ökologischen Problems, durch das die noch bestehende Flussmündung verschmutzt wird. Ausserdem verlang-

ten sie die Freilassung von zwei Fischerkollegen, die verhaftet wurden, als sie den Zaun durchbrachen. Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis, der Geschäftsführer der Pesca S.A., Gustavo Adolfo Monterroso, weigerte sich, ein Abkommen zu unterzeichnen.

Als dann die aufgebrachten Fischer versuchten, Monterroso zu lynchen, griff die Polizei ein und es kam zu wüsten Kämpfen. Dabei wurden mehrere Personen verletzt, ein vierzehnjähriger Junge musste mit Schusswunden hospitalisiert werden und starb später an seinen Verletzungen.

Obwohl am nächsten Tag die Strassenkämpfe zwischen der Polizei und den Fischern weiterging, verstärkt noch durch hunderte von BewohnerInnen der Gemeinde Nuevo Cajolá, konnte eine Einigung erzielt werden und ein Gespräch mit allen Beteiligten beim Landwirtschaftsministerium vereinbart werden.

Zuvor jedoch nahmen die Fischer den Bürgermeister Santiago Pérez als Geisel und zwangen ihn, die nötigen Schritte zu veranlassen, dass 16 während den Auseinandersetzungen verhaftete Fischer freigelassen wurden.